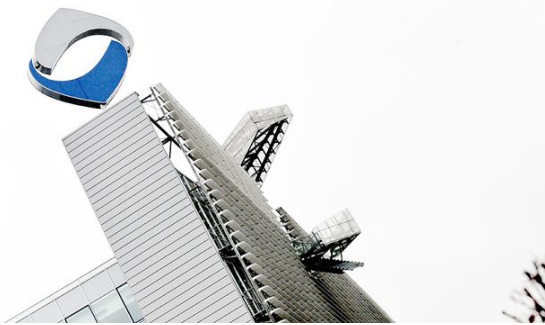


## Österreichs Umgang mit der Finanzkrise

# Eine Insolvenz der Hypo Alpe Adria kein Tabu mehr

10.02.2014



Hauptsitz der Hypo Alpe Adria in Klagenfurt.  
(Bild: BARBARA GINDL / Keystone / EPA)

**Bisher wurde eine Insolvenz der Hypo Alpe Adria ausgeschlossen, jetzt wird zumindest darüber diskutiert werden. Von einem Haircut bei Hypo-Bonds wären vor allem Anleger aus Deutschland und der Schweiz betroffen.**

M. K. Wien Der Marquis von Posa lässt grüssen: Österreich gewährt, jedenfalls was eine Insolvenz der Hypo Alpe Adria International betrifft, Gedankenfreiheit. Es wäre übertrieben, von einer gekippten Stimmung zugunsten eines bewusst herbeigeführten Konkurses der 2009 notverstaatlichten Bank zu sprechen. Aber immerhin haben gewichtige Stimmen – vom früheren Finanzminister Hannes Androsch bis zum Chef des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Karl Aiginger – dafür plädiert, ein Pleiten-Szenario zumindest durchzuspielen. Worauf auch Finanzminister Michael Spindelegger mitteilen liess, dass eine Insolvenz zwar die «schlechteste aller Optionen» sei, man diese aber nicht gänzlich ausschliessen wolle. Ähnlich äusserte sich daraufhin auch Bundeskanzler Werner Faymann.

### Veto der Nationalbank

Nun trägt das Finanzministerium wohl die Hauptschuld daran, dass überhaupt über eine Pleite diskutiert wird. Das damals noch von Maria Fekter geführte Ressort hatte beim Beratungsunternehmen Oliver Wyman ein Insolvenz-Szenario in Auftrag gegeben, dieses jedoch strikt unter Verschluss gehalten. Doch Österreich wäre nicht Österreich, würde nicht seither daraus flächendeckend zitiert. Der Vorstoss von Androsch ist insofern interessant, als dieser dem Aufsichtsrat der Fimbag vorsteht, die als Tochter der Staatsholding ÖIAG für Bankenbeteiligungen zuständig ist. Dagegen ist Fimbag-Chef Klaus Liebscher, Ex-Gouverneur der Österreichischen Nationalbank (ÖNB), strikt gegen eine Insolvenz – wie auch der amtierende Gouverneur Ewald Nowotny.

Die Notenbank befürchtet im Fall einer Hypo-Insolvenz einen Flächenbrand mit einem Schadenspotenzial von 16 Mrd. € und Zusatzkosten von 6 Mrd. € bis 8 Mrd. € über die nächsten drei Jahre. Wie «Der Standard» aus der Stellungnahme der ÖNB zitiert, sei ein Bank-Run nicht auszuschliessen, zudem würden hohe Abschreibungen der Beteiligungen zu

einem teilweisen Verlust der Refinanzierung führen. Aus den Haftungen des Landes Kärnten für die Hypo (Ende 2013: 12,5 Mrd. €) entstünden Zusatzbelastungen für den Bund, die anderen Hypothekenbanken und deren Gewährträger (Länder). Die EU-Kommission hat im September 2013 die Hypo-Abwicklung unter der Auflage genehmigt, dass der Beihilfen-Rahmen maximal 11,7 Mrd. € betragen dürfe.

Laut Wyman könnten im Falle einer Insolvenz die Lasten unter den Stakeholdern aufgeteilt werden. Doch bleibe das Restrisiko, dass der Bund in die Ausfallbürgschaft des Landes eintreten müsse, falls die Eigentümer der Hypo-Bonds ein Umtauschangebot (samt Abschlag von etwa 60%) ablehnen würden. Hier haken die Pleiten-Befürworter ein. Österreichs Verfassung kenne keine Bestimmungen über die Zahlungsunfähigkeit eines Landes; es sei nirgendwo festgelegt, dass der Bund eintreten müsse. Dies aber, so Wyman, berge für Inhaber von Hypo-Bonds grosse rechtliche Risiken. Der Grossteil der Anleihen soll von Investoren aus Deutschland und der Schweiz gehalten werden; in den letzten Wochen sollen verstärkt Hedge-Funds Hypo-Papiere gekauft haben.

Am stärksten betroffen von einem Abschlag auf die Rückzahlungsverpflichtung wäre aber die Bayerische Landesbank (bis Ende 1999 Mehrheitseigentümerin). Gerichtlich anhängig ist ein Streit über jene 3,4 Mrd. € die die Bayern 2009 als Darlehen an die Hypo vergeben haben wollen. Doch hat die Hypo in Abstimmung mit der Republik die Rückzahlung eingestellt, weil man der Ansicht ist, dass es sich um keinen Kredit, sondern um die Einschusspflicht des Eigentümers gehandelt habe, zu geringe Eigenmittel aufzufüllen. Sowohl Bayern (bei der Übernahme im Mai 2007) als auch Österreich (bei der Verstaatlichung) fühlen sich vom jeweiligen Verkäufer (Kärnten bzw. Bayern LB) getäuscht. Zu Verfahren ist es bisher nicht gekommen, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hat eine aussergerichtliche Einigung ausgeschlossen.

Schwer einzuschätzen sind die Befürchtungen der Notenbank hinsichtlich eines Flächenbrandes. Laut dem Beratungsunternehmen besteht in Bosnien, Kroatien und Serbien die Gefahr eines Bank-Runs. Die Hypo-Bilanz für 2012 weist für das Südosteuropa-Netzwerk Kundeneinlagen von 4,6 Mrd. € aus, wobei die Relation zwischen Spar- sowie Sicht- und Termineinlagen 1 zu 5 beträgt. Dagegen beruhigt Wyman bezüglich eines Flächenbrandes mit Verweis auf die litauische Snoras-Bank. Snoras sei Ende 2011 von der Regierung in die Insolvenz geschickt worden, ohne dass es einen Run der Sparer gegeben habe.

## **Grüne Attacken**

Inzwischen wird die Pleite-Diskussion politischer und heftiger. Am Donnerstag hat der Finanzsprecher der Grünen sowohl Fimbag-Chef Liebscher als auch Notenbank-Gouverneur Ewald Nowotny attackiert. Beide würden laut Kogler deshalb nicht über eine Hypo-Insolvenz nachdenken wollen, weil sie als Aufseher versagt hätten. Die Causa Hypo sollte eigentlich am kommenden Samstag mit einem Gipfel im Finanzministerium fortgesetzt werden, bei dem über eine Beteiligung der Banken an einer Abbau-Einheit entschieden werden sollte. Doch zuletzt hiess es, die Regierung werde erst Ende Februar zum nächsten grossen «Hypo-Gipfel» laden.